

EBERSBERGER UMSCHAU

Nr. 1 April '79



Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

Wohin mit der B 304

Südliche Umgehungsstraße für Ebersberg

Ein Dorn im Auge ist vielen Ebersberger Bürger seit Jahren der Verkehr auf der B 304 im Stadtbereich. Die inzwischen erstellte Ampelanlage um das Rathaus hat zwar eine Verbesserung für die Fußgänger gebracht, das Verkehrsaufkommen jedoch nicht vermindert. Die SPD hat sich daher schon lange bemüht, eine Ortsumgehung von Ebersberg durchzusetzen. Mehr als einen Aprilscherz kann man wohl die jüngste Forderung eines CSU-Stadtrates auf Untertunnelung des Stadtgebietes werten. Da eine Südumgehung von Ebersberg naturgemäß auch Probleme mit dem Anbindungsverkehr zur Stadt Grafing aufwerfen muß, wurde für beide Städte ein Gesamtverkehrsgutachten in Auftrag gegeben.

Das Planungsbüro hat nun drei Varianten zur Umgehung Ebersbergs im Süden vorgelegt. Auf der einen Seite wird von der SPD die Dringlichkeit einer Ortsumgehung nicht verkannt, auf der anderen Seite richtet sie ihr Hauptaugenmerk darauf, wertvolle Landschaften in einem der schönsten Bereiche Ebersbergs so wenig als möglich zu zerstören. Aus diesem Grund hält die Ebersberger SPD auch die Varianten B und C für nicht realistisch. In beiden Fällen soll die Stadt Ebersberg sehr stadtnah im Hangbereich, nur

knapp unter dem Wohngebiet Süd-West und dem Gut Kaps umgangen werden.

Wesentlich südlicher liegt die sogenannte Variante A (zeichnerisch dargestellt). Im Westen Ebersbergs bieten sich dabei zwei Anbindungen an. Von der Reitgesinger Kurve könnte bei der Variante A 2 weitgehend die derzeitige Trasse der Staatsstraße nach Grafing verwendet werden. Die Variante A 1 sucht einen Abkürzer. In beiden Fällen müßte nördlich von Wiesham die S-Bahnlinie unterführt werden. In einem Abstand von rund 300 Metern südlich des Gspraiter Weihers würde die Trasse nach Nord-Osten abbiegen. Nach der jüngsten Diskussion über das Für und Wider der Auflösung der Bahnlinie nach Wasserburg, hält es die Ebersberger SPD nicht für ratsam, in diesem problematischen Bereich

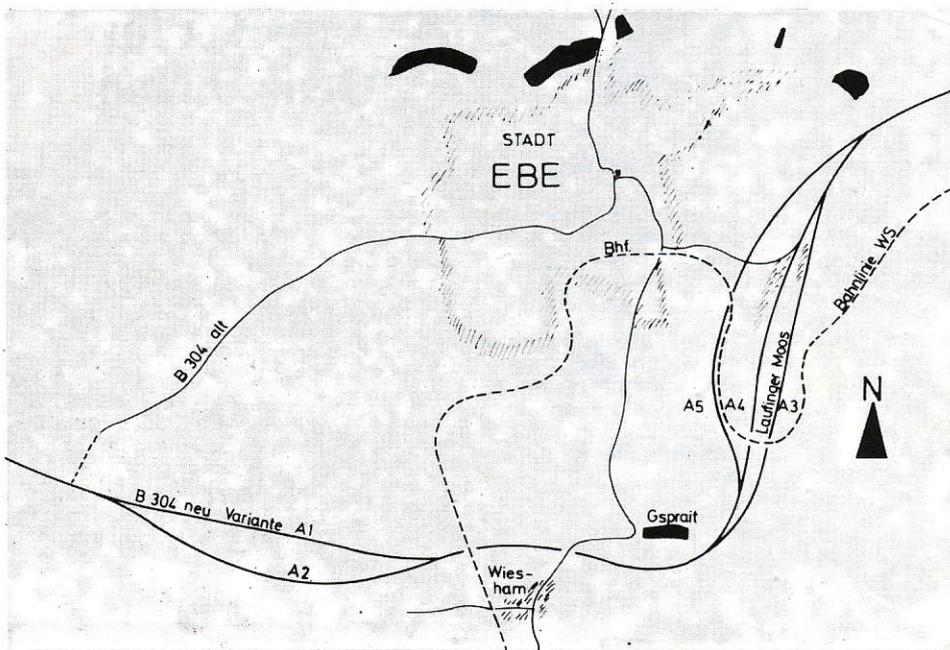
die Trasse A 5 zu wählen. Darüberhinaus würde diese Trasse das Siedlungsgebiet an der Laufinger Allee von der Altstadt abtrennen. Stark beeinträchtigt würde auch die Neuplanung des Friedhofes in diesem Bereich. Die Trasse A 4 würde am Hanggelände des Laufinger Mooses verlaufen und zu einer erheblichen Beeinträchtigung des dortigen Wohnwertes führen. Wohl teuer, aber die geringste Belästigung dürfte die Trasse A 3 bringen, die allerdings mitten durch das Laufinger Moos verläuft. Eine neue Variante, die sogenannte Variante A 6 liegt noch weiter östlich, also wiederum auf der Bahntrasse.

Von ebenso großer Wichtigkeit als die verschiedenen Planvarianten dürfte für die Bürger unserer Stadt auch die Frage nach der zeitlichen Verwirklichung der Südumgehung sein. Nach dem Straßenplanungskonzept des Bundes ist die Neutrassierung der B 304 zwischen München und Wasserburg für die Jahre 1986-1995 vorgesehen (Dringlichkeitsstufe 2). Nach den Vorstellungen des Straßenbauamtes soll es jedoch möglich sein, über ein Sonderprogramm den Bereich der Südumgehung Ebersbergs vorzuziehen. Sollten alle planerischen Voraussetzungen, das Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren soll noch in den nächsten Monaten eingeleitet werden, erfüllt werden können, könnten die Ebersberger mit dem Beginn der Bauarbeiten schon im Jahr 1981 rechnen. Die endgültige Fertigstellung dürfte allerdings erst auf das Jahr 1984 fallen.

Da die Diskussionen zu den möglichen Trassenführungen bei weitem noch nicht abgeschlossen sind, würde es die Ebersberger SPD begrüßen, wenn der einzelne Bürger mit persönlichem Engagement an der Meinungsbildung mithelfen würde.

**Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!**

Die Ebersberger SPD wird künftig in regelmäßigen Abständen die „Ebersberger Umschau“ veröffentlichen. Damit will der SPD-Ortsverein erreichen, daß die Bürger unmittelbar über die Arbeit der Ebersberger Sozialdemokraten informiert werden. Zudem will die SPD mehr Bürger zur Teilnahme an der Kommunalpolitik anregen.



60 JAHRE SPD in Ebersberg

Ebersberger Sozialdemokraten feiern ihr 60jähriges Jubiläum

Vor 60 Jahren, am Dienstag, den 15. April 1919, wurde der SPD – Ortsverein Ebersberg gegründet. Angesichts des 1918 beendeten 1. Weltkrieges und der am 7. 4. 1919 von Sozialdemokraten und anderen politischen Gruppierungen ausgerufenen „Bayerischen Räterepublik“, gründeten 7 Tage danach einige Ebersberger Bürger die Sozialdemokratische Partei. Die damalige Ebersberger Zeitung berichtete am 16. 4. 1919, daß die Gründungsversammlung der Ebersberger Sozialdemokraten im Gasthaus Hölzerbräu stattgefunden habe. Die SPD mußte sich jedoch alsbald einen anderen Treffpunkt suchen, da dem damaligen Wirt von Seiten rechts-konservativer Kreise mit einem Boykott seiner Gaststätte gedroht wurde. Auch privat hatten es die Mitglieder der SPD nicht einfach, wurden von den Konservativen gesellschaftlich geächtet, oftmals auch beleidigt und denunziert.

Bei der Gemeinderatswahl am 15. 6. 1919 waren erstmals alle Bürger unabhängig von Grund und Boden wahlberechtigt. Die SPD konnte auf Antrieb mit Johann Baptist Eitermoser, August Kellner, Sebastian Schurer und Franz Xaver Weber 4 Gemeinderäte stellen. Bei den folgenden Wahlen war die SPD 1924 mit Joh. Baptist Eitermoser und Seb. Schurer und 1929 mit Seb. Schurer und Gallus Bichlmeier im Gemeinderat vertreten. Im

März 1933 kam es dann zur vorerst letzten freien Wahl des Reichstages. Der Gemeinderat wurde dann im April anhand der Reichstagswahlergebnisse vom März des Jahres von den neuen Machthabern gebildet, jedoch nicht mehr gewählt. Die Landesleitung der bayerischen SPD empfahl unter dem allgemeinen Druck bald nach der Gemeinderatsneubildung allen Mandatsträgern der Sozialdemokratischen Partei, auf ihre Funktionen zu verzichten und die Mandate niederzulegen. Grund hierfür war das Gesetz zur Gleichschaltung der Gemeinden mit Land und Reich vom 7. 4. 1933. So erklärten die SPD-Gemeinderäte Gallus Bichlmeier und Sebastian Schurer am 20. 6. 1933 ihren Mandatsverzicht. Schließlich folgte am 14. 7. des gleichen Jahres das Gesetz zur Auflösung der Parteien, womit der SPD gänzlich die Arbeitsfähigkeit genommen wurde. Am 29. 6. 33 wurde der damalige 2. Vorsitzende, der Hausmeister Josef Schurer, wegen Agitation gegen die NSDAP in „Schutzhaft“ genommen. In der Folgezeit mußten die Sozialdemokraten ihre Dokumente vernichten, um ihr Leben zu schützen.

Nach einer zwölfjährigen Schreckensherrschaft der NSDAP gegen andere Völker und

das eigene Volk, wurde Ende 1945 die SPD wieder aufgebaut. Etwa 40 Ebersberger traten der SPD bei Wiedergründung bei. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Haumeister Josef Schurer gewählt. Im April 48 kam es nach 15 Jahren wieder zu einer freien Wahl. Die SPD konnte mit 4 Sitzen wieder in den Gemeinderat einziehen. (CSU-5, Bayern Partei-6, Überparteiliche-1) Im gleichen Jahre wurde der AOK-Verwaltungsstellenleiter Willy Knör zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt. Nach seinem Tode im Januar 1954 übernahm der heutige Ehrenvorsitzende Kaspar Mittermeier den Ortsverein, bis schließlich 1959 Stadtrat Sebastian Schurer zum Vorsitzenden gewählt wurde. In den 13 Jahren seiner Amtszeit wuchs die Ebersberger SPD auf über 100 Mitglieder an und konnte 1966 sechs und schließlich 1972 acht der zwanzig Stadträte stellen. Daß Sebastian Schurer 1972 zum Bürgermeister nur ca. 40 Stimmen fehlten, war für die SPD einerseits Beweis einer hervorragenden kommunalpolitischen Arbeit und andererseits das Ergebnis des Wahlkampfstils der finanziell übermächtigen CSU. Ende 1972 übernahm Stadtrat Peter Wasowski den Vorsitz im Ortsverein. 1974 wurde dann Stadtrat Sepp Geislinger als sein Nachfolger gewählt.

Im Bereich der Sozialarbeit und im Vereinsleben waren und sind Sozialdemokraten in all den Jahren an vorderster Front engagiert. Die im März 78 stattgefundenen Kommunalwahlen waren für die Sozialdemokraten keine Niederlage, jedoch ein Rückschlag. Mit sechs Stadträten leistet die SPD nach wie vor gute Arbeit zum Wohle der Bürger. Bezeichnenderweise gehören die einzigen beiden Frauen im Stadtrat – Erika Schienagel und Rosa Pohmerder sozialdemokratische Fraktion an.

Im Juli des vorigen Jahres wurde dann mit Ewald Schurer der bisher jüngste Vorsitzende der Ebersberger SPD gewählt. Die Ebersberger Sozialdemokraten sind heute mit 100 Mitgliedern stolz auf ihre demokratische Tradition und Geschichte von 60 Jahren. Freiheit, Demokratie und soziale Errungenschaften sind eine unbestreitbare Folge sozialdemokratischer Politik.

Europa-Wahl: Weichen für die Zukunft

Auch wenn sich das am 10. Juni zu wählende europäische Parlament wichtige Rechte erst noch erstreiten muß – diese erste Direktwahl ist ein historisches Ereignis von großer Tragweite. Sie ist der Beginn nicht nur einer neuen politischen Praxis, sondern eines neuen europäischen Bewußtseins.

Dabei auch werden wichtige Weichen für die Zukunft unseres Kontinents gestellt. Jenseits aller Verdrummungs-Parolen von „Freiheit oder Volksfront“ geht es darum, daß in Europa weder ein menschenfeindlicher Ellbogenkapitalismus noch ein freiheitsfeindlicher Kommunismus bestimmend werden dürfen.

SPD: Geachtet in Europa – Sprecher für Deutschland

Die SPD verzichtet im Europawahlkampf, wie auch bei anderen politischen Auseinandersetzungen, auf polemische Parolen. Mit dem Slogan „Geachtet in Europa – Sprecher für Deutschland: die Sozialdemokraten Willy Brandt und Helmut Schmidt – SPD“ wirbt die Partei für die erste direkte Wahl eines europäischen Parlaments (am 10. Juni). Daß die SPD mit diesem Slogan richtigliegt, beweist unter anderem ein Umfrageergebnis aus England. Danach halten 51 Prozent der Briten die von Bundeskanzler Helmut Schmidt geführte Bundesregierung für eine gute Regierung. In der Sympathie-Skala stufen die Briten bundesdeutsche Politiker so ein: 52 Prozent finden Willy Brandt sympathisch, 37 Prozent Helmut Schmidt, sieben Prozent Franz Josef Strauß – und drei Prozent Helmut Kohl.

Die SPD, Europa und die Kultur

Die aktuelle Diskussion um Europa und die erste Direktwahl für ein europäisches Parlament (am 10. Juni) wirkt auch befruchtend auf den Dialog zwischen Politik und Kunst, Sozialdemokraten und Künstlern. Zum Thema „Europäische Humanität – kulturelle Demokratie“ hatte die SPD zu einer Fachkonferenz nach Ludwigshafen eingeladen, an der europäische Politiker und Künstler aus den EG-Staaten diskutierten. Dabei mußte sich die SPD kritisch fragen lassen, wie ernst sie es mit ihrem Verhältnis zu Kunst und Künstlern nimmt. Für die künftige Europa-Politik jedenfalls stellte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt fest: „Die kulturellen Unterschiede unserer Länder zu erhalten, die regionalen und nationalen Eigenheiten zu pflegen, ist europäischer Reichtum. . . Das könnte Europas Identität werden“.

Schulhaus zerstört!

Nachruf auf das Mädchenschulhaus

Die Alte Mädchenschule in Ebersberg wurde abgerissen und mit ihr ganz bestimmt ein Stück Geschichte in Ebersberg. Die konservative Ebersberger Unions – Mehrheit zeigte sich zu keinem Kompromiß bereit.

Schon im Dezember 78 diskutierten die Sozialdemokraten auf ihrer Mitgliederversammlung ausführlichst und kamen schließlich zu einem Vorschlag, der mit Sicherheit alle Beteiligten hätte zufriedenstellen können. Das ehemalige Mädchenschulhaus hätte demnach in renoviertem Zustand zu einem Haus der Begegnung werden sollen, in welchen der Verein Jugendzentrum, die evangelische Jugend Ebersberg, sowie weitere Jugend- und Bürgergruppen im Rahmen einer koordinierten Nutzung ihre benötigten Räumlichkeiten gefunden hätten. Zudem wollten die Sozialdemokraten das gesamte Gelände um die Schule für den Ausbau eines Kinderspielplatzes nutzen, um dem Kindergarten an der Pfarrer-Bauer-Straße in Zukunft genügend Spielfläche und zusätzlich für die Kinder des Stadtkerns einen Spielplatz zu ermöglichen. Diese Lösung wäre den Belangen der Kinder, der Jugendlichen und sicherlich auch vieler Ebersberger Bürger nähergekommen, zumal die Ebersberger SPD – Stadtratsfraktion aus städtebaulichen Erwägungen, die Zugehörigkeit des Gebäudes zum Ebersberger Stadtkern untermauern und erhalten wollte.

Jetzt schon 800 Städte- Freundschaften

Auch das ist Politik: Städte der Bundesrepublik unterhalten mit 800 Kommunen in 36 Ländern der Erde offizielle Partner- oder Freundschaften. Allein in den vergangenen vier Jahren ist diese Zahl um 15 Prozent gestiegen. Eine Umfrage des Deutschen Städtetages ergab, daß 622 dieser Verbindungen mit anderen Städten als echte Partnerschaften, 172 als Freundschaften bezeichnet werden.

Zitat

Ich werde alles tun, damit in der Sozialdemokratie die ökologischen Themen den Rang bekommen, den sie brauchen.
Erhard Eppler

Zu einer bitteren Lehrstunde für die überwiegend jungen Zuhörer im überfüllten Rathaussaal wurden Ende Januar die entscheidende Stadtratssitzung, bei der die Ebersberger CSU sämtliche Argumente der sozialdemokratischen Oppositionsfraktion unter den Tisch stimmten. Die gesamte SPD Fraktion mit ihrem Sprecher Sepp Geislinger mußte sich nach einer 3-stündigen Debatte ob der Unions – Mehrheit geschlagen geben. Kurz vor Ende der Sitzung kam es noch zu einer selbst für den Bürgermeister sehr großen Überraschung; ein CSU – Stadtrat wußte mit einem Statiker – Gutachten aufzuwarten, wonach angeblich bereits 1965 der Mädchenschule eine verminderte Tragfähigkeit der Decken im Schulgebäude attestiert wurde. Die Stadtverwaltung wußte von diesem Gutachten nichts, und das obwohl man nach 1965 das Gebäude an die Sonderschule, an das Gymnasium und 1973 für 2 Jahre an die Bundespost vermietet hatte. Noch im letzten Jahr wurden die Räumlichkeiten des 1. Stockes von einem Baubüro intensiv genutzt.

Die SPD wollte nach der Stadtratssitzung und dem Abbruch – Urteil der CSU noch alle legalen und damit demokratisch Mittel ausschöpfen und sammelte innerhalb von 2 Tagen noch 320 Unterschriften von wahlbe-

rechtigten Ebersbergern für eine außerordentliche Bürgerversammlung. In diesem Zusammenhang beantragte die SPD – Fraktion im Rathaus noch eine Sondersitzung des Rates. Auf dieser Sitzung konnte SPD – Ratmitglied Josef Schenk namens der Fraktion widerlegen, daß das von einem CSU – Stadtrat angeführte Gutachten ein Beweis für die Baufähigkeit des Gebäudes darstellte. Ansonsten fiel Bürgermeister Vollhardt an diesem Abend ziemlich aus der Rolle, indem der die SPD – Stadträte und den SPD – Ortsverein beleidigte.

Daß schließlich die von der SPD beantragte Begehung des Gebäudes mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalspflege keinen Erfolg für die Mädchenschule brachte, ändert nichts daran, daß Ebersbergs Bürgermeister in die Geschichte der Kreisstadt als „Abbruchbürgermeister“ eingehen wird und mit der Schule „ein Stück liebgewordenes Alt Ebersberg“ verschwindet, wie dies von der Ebersberger Zeitung kommentiert wurde. „Hätte nur ein CSU – Stadtrat ein wenig Heimatsinn, gepaart mit städtebaulichem Denken bewiesen, dann hätte er sich, Fraktionszwang hin oder her, für den Erhalt des Hauses aussprechen müssen“ – so fügte die Ebersberger Neuesten Nachrichten ihre Meinung hinzu.

Schließlich benutzte Vollhardt die ordentliche Bürgerversammlung, um das Thema Mädchenschulhaus abzuhandeln. Andere und sicherlich auch wichtige Probleme kamen somit auf der ordentlichen Bürgerversammlung zu kurz. Die außerordentliche Bürgerversammlung – mit 300 Unterschriften von volljährigen Bürgern gefordert und vom Bürgermeister hinten angestellt – wird damit zur Pharse.

Der Ebersberger Bürger wird nun selbst zu überlegen haben, inwieweit die Handlungsweise des Bürgermeisters demokratisch zu bewerten ist.



Verfassungsgericht: JA zur Mitbestimmung

Liebe Mitbürgerinnen,
Liebe Mitbürger!

Das Bundesverfassungsgericht hat Ja zum Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesagt! Unternehmerverbände und einzelne Unternehmer hatten dagegen geklagt. Ihre Klage wurde in allen Punkten abgewiesen. Darüber hinaus hat das Gericht festgestellt: Das Grundgesetz schreibt nicht eine bestimmte Wirtschaftsordnung fest, sondern läßt eine weitere Ausgestaltung durch den Gesetzgeber zu. Maßgebend ist dafür Artikel 14 (2) unseres Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Diese Sozialpflichtigkeit des Eigentums gilt besonders dort, wo erst durch die Arbeit von Arbeitnehmern Eigentum genutzt werden kann. Mitbestimmung ist unser Weg, die Sozialpflichtigkeit zu verwirklichen. Karlsruhe hat bestätigt, daß dieser Weg rechtlich einwandfrei ist.

Regelmäßige Treffen sozialdemokratischer Frauen in Ebersberg

Wir, einige berufstätige Frauen, Hausfrauen und Mütter finden uns seit November 78 zu einem monatlichen Stammtisch zusammen. Bei dieser Gelegenheit sollen spezifische und allgemeine Fragen der Frauen angesprochen werden. Wir wollen hiermit unsere Mitbürgerinnen anregen, sich mit uns zu treffen. Denn nur gemeinsam können wir füreinander etwas erreichen.

Besonders beschäftigt uns die Situation an unseren Schulen, die gekennzeichnet ist durch Überbelegung der Klassen, ausfallende Schulstunden und Überlastung der Kinder durch zuviel Wissensstoff. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Überforderung der Familie, vorrangig der Frauen. Eines unserer weiteren Anliegen ist die immer größer werdende Zahl von Neubaugebieten (Schlafstädte) in unseren Gemeinden und die Anonymität ihrer Bürger. Während die Männer meist ihrem Beruf in fernen Ballungszentren ausüben, bleibt ihren Frauen wegen der Betreuung ihrer Kinder nur eine Arbeitsplatzsuche innerhalb ihres Wohnortes oder dessen näherer Umgebung. Wenn die Kinder nach Jahren einen gewissen Selbstständigkeitsgrad erreicht haben, beginnt die Schwierigkeit der Frauen, einen ihnen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Meistens ist für Frauen mit Kindern die Suche nach einer Halbtagsstelle vergebens. Die Folge ist oft Unzufriedenheit, Vereinsamung und Kontaktarmut. Unser Stammtisch soll die Möglichkeit bieten, natürliche Kontakte zu knüpfen. Zweifellos gibt es noch andere Probleme, die wir in unserer Gesprächsrunde aufgreifen möchten. Deshalb würden wir uns freuen, mit interessierten Frauen an unserem Stammtisch die Gesprächsrunde zu erweitern. Ältere Mitbürgerinnen holen wir gerne zum Treffpunkt ab.

Kontaktadresse: Magda Bauer Tel.: 21564
Brunhild Mette Tel.: 21975
Annely Pruß Tel.: 21745

Unser nächstes Treffen: Gasthof Oberwirt
2. Mai -20.00 Uhr (Nebenzimmer)

Für uns Sozialdemokraten gilt deshalb: Unser politisches Ziel bleibt selbstverständlich der Ausbau der Mitbestimmung bis hin zur vollen Parität. Denn

- Mitbestimmung bedeutet, daß die Interessen der Arbeitnehmer mehr Gewicht bekommen;
- Mitbestimmung sichert den sozialen Frieden.

Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht: Starke Interessen stehen dagegen, wenn Arbeitnehmer ihre Rechte mehr zur Geltung bringen wollen. Seit der Unternehmerklage gegen das Gesetz hat sich die CDU/CSU nie mehr für die Mitbestimmung eingesetzt. Die Unionsparteien haben damit wieder einmal bewiesen, auf welcher Seite sie stehen: Nicht auf der Seite der Arbeitnehmer.

Wir Sozialdemokraten freuen uns mit den Arbeitnehmern darüber, daß der Angriff auf das Mitbestimmungsgesetz abgewehrt wurde. Wir verstehen dies als Antrag zur weiteren Reform unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Interesse der arbeitenden Menschen. Dafür bitten wir um Ihre Mithilfe. SPD-Bundesparteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion



Impressum: Ebersberger Umschau; Herausgeber: SPD-Ebersberg; Verantwortlich: Ewald Schurer, Richardisweg 1½, 8017 Ebersberg; Druck: Offsetdruck ECK, Kirchenweg 5, 8011 Kirchseeon. Satz: Fotosatz Schwanke + Holzmann, Dachauer Str. 16, 8000 München 2. Die Abgabe erfolgt kostenlos.



Auszug aus dem kommunalpolitischen Programm der SPD

„Das programmatische Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist die Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu einer neuen Gesellschaft, die für jeden einzelnen die freie Persönlichkeitsentfaltung und die selbstverantwortliche Mitwirkung am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben besser als bisher gewährleistet. Sozialdemokratische Kommunalpolitik muß deshalb Gesellschaftspolitik sein“.

Zur Person

Rudolf Schöffberger, SPD-Bundestagsabgeordneter, wurde von der „Bild“-Zeitung um seinen Lieblingswitz gebeten. Schöffbergers „Witz“: „Die BILD-Zeitung ist die anspruchsvollste und fairste Zeitung in ganz Europa.“

Was die Ebersberger SPD 1979 vor hat.

Was im vorigen Jahr dem Wetter zum Opfer fiel, soll heuer gelingen: Der SPD - Ortsverein will im Sommer ein Stadtteilfest in Ebersberg Süd/West veranstalten. Mit Musik, Brotzeit, Getränken und Lampions will der Ortsverein den Bürgern und vor allen Dingen den zahlreichen Neubürgern des Stadtteils die Möglichkeit geben, sich kennenzulernen. Gleichzeitig will man darauf aufmerksam machen, daß es in Süd-West weiterhin für die Bürger keinen öffentlichen Treffpunkt oder eine Gaststätte gibt.

Bei den anstehenden Europawahlen bemüht sich die Ebersberger SPD, gemeinsam mit den anderen Parteien eine zeitliche und zahlenmäßige Limitierung der Plakataktionen zu erreichen, um das Stadtbild nach den letzten Landtagswahlen nicht schon wieder zu „vernageln“. Das Motto der Sozialdemokraten heißt hiermit: Wenig teure Werbung, aber viel sachliche Informationen.

Arbeitnehmer fordern das soziale Europa

